



FDP-Ratsfraktion Kiel

Haushalt 2009

Rede von Helmut Landsiedel

Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion

Gehalten vor der Kieler Ratsversammlung

11. Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger,
meine Damen und Herren der Medien,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der FDP-Ratsfraktion bedanke ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt Kiel für die im nun ablaufenden Jahr geleistete Arbeit. Es hat sich erneut gezeigt, dass die Fachkompetenz und das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung als ein wertvolles Kapital unserer Stadt anzusehen ist.

Besonders hervorzuheben ist in diesem Jahr, dass es unter großen Anstrengungen gelungen ist, der Selbstverwaltung der Landeshauptstadt Kiel nunmehr den ersten doppischen Haushalt zur Beratung vorzulegen. Hierfür gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Respekt und Anerkennung!

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

Der doppische Haushalt löst die finanzpolitischen Probleme zwar nicht, er macht diese aber im Idealfall wesentlich transparenter und wird uns Ehrenamtlern mittelfristig die politische Steuerung erleichtern. Noch erscheint vielen von uns jedoch das Zahlenwerk weit weg zu sein, von dem was man als „Grundsätze der doppelten Buchführung“ kennt: Klarheit, Vollständigkeit, Übersichtlichkeit und ich zitiere § 238 HGB: Die Buchführung muss so beschaffen sein, dass sie einem sachverständigen Dritten innerhalb angemessener Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die Lage des Unternehmens vermitteln kann.

Davon, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sind wir sicherlich noch ein Stück entfernt. Weder dass sich uns der vorliegende Haushalt

aufgrund seiner Komplexität leicht erschließt, noch dass sich die Mehrheit von uns als „sachverständige Dritte“ empfindet. Hier ist also noch viel Fortbildungsbedarf, den aber das Amt 90, das uns Ehrenamtlern ja immer mit Rat und Tat zur Seite steht, sicherlich gerne aufnimmt.

Spannend wird der Haushalt, wenn die noch zu erfolgende Vermögensbewertung unserer Stadt vorliegt. Hier erst wird sich zeigen, ob wir wegen Überschuldung Konkurs anmelden müssen, oder ob tatsächlich ein Eigenkapital ausgewiesen wird. Das uns heute vorliegende Zahlenwerk zeigt uns jedoch schon sehr deutlich, dass eine langfristig angelegte, strukturelle Konsolidierung notwendiger denn je ist, um finanzpolitischen Spielraum wiederzugewinnen. Dieser Konsolidierungskurs setzt voraus, dass wir Klarheit darüber gewinnen, welche Aufgaben die Stadt weiterhin uneingeschränkt, eingeschränkt oder künftig gar nicht mehr wahrnehmen kann.

Das Rechnungsprüfungsamt hat in diesem Zusammenhang zu Recht auch in seinem jüngsten Bericht – der zu unserem Bedauern hier nicht diskutiert wurde – zum wiederholten Mal auf die Notwendigkeit einer konsequenteren Aufgabenkritik hingewiesen. Nur auf diesem Wege könnten die Zinsausgaben nachhaltig reduziert werden, um finanzpolitische Freiräume für die dringenden Ausgaben der kommunalen Daseinsvorsorge zu gewinnen.

Zudem ist mit zukünftigen finanziellen Risiken und Belastungen zu kalkulieren, die sich nicht nur durch die Auswirkungen der Finanzmarktkrise ergeben können, sondern auch dadurch, dass sich im doppischen Haushalt finanzpolitische Belastungen, beispielsweise in Form von Abschreibungen und Rückstellungen, deutlich ablesen lassen.

Die Haushaltslage verbietet neue kostenträchtige Projekte, wie sie von der rot-grünen Kooperation beispielsweise mit der

- StadtRegionalBahn auf den Weg gebracht werden sollen. Wir lehnen diese ab und hatten daher mit einem Alternativantrag im September einen anderen Weg aufgezeigt, den allerdings die Mehrheitsfraktionen nicht beschreiten wollen.

Ein anderes Projekt, auf das wir gern verzichten wollen, ist das

- Atelier- bzw. Künstlerhaus - ein weiteres Projekt der Kooperation, dessen Nutzen für die Stadt sich nach wie vor nicht zu erschließen vermag.

Nicht nur durch den Haushaltsentwurf an sich, sondern auch im Hinblick auf die Krise an den Finanzmärkten und die wahrscheinlichen Ausfälle von Steuereinnahmen muss klar sein, dass die Stadt nicht mit ungedeckten Schecks handeln darf. Allerdings ist angesichts der beiden eben genannten Beispiele fraglich, ob diese Einsicht inzwischen auch bei den Mehrheitsfraktionen angekommen ist.

An dieser Stelle lohnt ein Blick auf folgende Eckwerte, die die Situation des Haushalts der Landeshauptstadt Kiel gut beschreiben:

Der Schuldenstand zum 31.12.2008 wird rund 369 Mio. € betragen. Hinzu kommen die Schulden der Eigenbetriebe in Höhe von über 20 Mio. €.

Da die Nettokreditaufnahme rund 16 Mio. Euro betragen wird, kommen wir zum 31.12.2009 auf einen voraussichtlichen Schuldenstand in Höhe von knapp 385 Mio. €, also 1.626 € pro Einwohner!

Im Gesamtergebnisplan des Jahres 2009 wurde zunächst ein Defizit in Höhe von 25,6 Mio Euro veranschlagt, nach den Beschlüssen des Finanzausschusses sogar fast 36 Mio. Euro. Um diesen Betrag wird die Stadt praktisch „ärmer“ und dieser Betrag wird bilanziell das Eigenkapital

mindern. Zudem klafft im Gesamtfinanzplan eine Lücke in Höhe von zunächst 31,4 Mio Euro, inzwischen liegen wir hier bei 39,6 Mio. Euro.

Doch damit nicht genug:

Für den Haushalt des kommenden Jahres sind 20,6 Mio. € an Zinszahlungen veranschlagt. Das sind 20,6 Mio. €, die für die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nicht zur Verfügung stehen, 20,6 Mio. €, für die z.B. Sporthallen gebaut werden könnten oder die den Sanierungsstau bei den Schulen verringern würden.

Anhand dieser Haushaltskennzahlen ist es kein Wunder und nur folgerichtig, wenn das Innenministerium im Haushaltserlass für 2009 den Kommunen Folgendes ins Stammbuch schreibt, ich zitiere:

„Angesichts der demographischen Entwicklung, aber auch vor dem Hintergrund der Risiken hinsichtlich der weiteren weltwirtschaftlichen Entwicklung gibt es zur Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte keine Alternative. Denn geringere Schulden heute bedeuten größere Haushaltsspielräume morgen“.

Vor diesem Hintergrund kann das einzig vertretbare Fazit aus unserer Sicht daher nur lauten, endlich mit einer konsequenten Aufgabenkritik und darauf aufbauend mit einer strukturellen Haushaltskonsolidierung zu beginnen.

„Bedeutende Einsparerfolge werden sich nur bei der Verfolgung aufgabenkritischer Ansätze ergeben. Auf diesem Gebiet besteht für die nächsten Jahre ein erheblicher Handlungsdruck für die Politik.“

Dies schrieb im vergangenen Jahr der Kämmerer in den Vorbericht zum Haushalt 2008 und diese Aussage hat nach wie vor Gültigkeit. Daher schreibt Stadtrat Meyer auch in diesem Jahr zu Recht, ich zitiere:

„Dennoch gibt es angesichts der wieder schwieriger werdenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung keine Alternative als den Konsolidierungskurs beizubehalten und sogar noch zu intensivieren.“

Ein ausgeglichener Haushalt muss unabhängig von einmaligen Sonderzahlungen und konjunkturellen Effekten sein. Der Kämmerer hatte - wie bereits in 2007 - auch in diesem Jahr sehr viel Glück, weil er z.B. durch die Gewerbesteuer-Nachzahlungen das Defizit im Verwaltungshaushalt um einen erheblichen Betrag senken konnte. Dass man in diesem Zusammenhang von einem „Haushaltsüberschuss“ sprach, ist allerdings schlichtweg eine Verharmlosung der Realität und verschleiert die Tatsache, dass auch in 2008 der Schuldenstand um 14 Mio. Euro stieg.

Die beschriebenen Sonder-Effekte kann man in der Haushaltsplanung nicht berücksichtigen, deswegen muss der Haushalt eben strukturell entlastet werden und das heißt für uns, dass wir uns ernsthaft die Frage stellen müssen, was die Stadt noch leisten muss, was sie nur noch eingeschränkt leisten will und was sie gar nicht mehr leisten kann.

In diesem Sinn ist unser interfraktioneller Antrag zum Eckwertebeschluss zu sehen. Wir wollen den im Jahr 2004 getroffenen Beschluss auch im Rahmen des neuen Instruments der Doppik fortsetzen. Für diesen Beschluss gab es damals einen breiten Konsens – ich hoffe, das gilt auch heute noch. Nur so kann es uns gelingen, den Haushalt mittel- bis langfristig wieder auszugleichen und nicht die kommenden Generationen mit den Schulden von heute zu belasten.

Daher stellen wir gemeinsam mit der CDU-Ratsfraktion den Antrag, den Eckwertebeschluss im doppischen System weiterzuführen, weil wir hierin eine adäquate Antwort auf die finanzielle Situation der Stadt sehen.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

die FDP-Fraktion will diesen skizzierten Weg gehen und damit will sie den zaghaft eingeschlagenen Weg der letzten fünf Jahre beschleunigen und mehr Nachdruck verleihen, als dies in den letzten Jahren und Jahrzehnten in Kiel geschehen ist.

Mit einer strukturellen Konsolidierung ist eine Überprüfung aller Ausgaben verbunden, auch wenn das Ergebnis für die ein oder andere Gruppe von Leistungsempfängern schmerzhaft sein kann und auch wenn dadurch von vielen der Verzicht auf zum Teil liebgewonnene Zuwendungen abverlangt wird.

Hierzu gehört auch das kritische Hinterfragen von Zuwendungen und Betriebsmittelzuschüssen.

Muss die Stadt wirklich

- ein kommunales Kino wie die Pumpe mit jährlich rund 370.000 Euro unterstützen, oder einen
- zur Bedeutungslosigkeit degradierten Regionalflugplatz mit über 750.000 Euro?

Wir sagen „Nein“, denn dies sind keine originären kommunalen Aufgaben. Doch unsere diesbezüglichen Anträge fanden leider keine Mehrheit.

Die Kommunalpolitik darf aber unserer Ansicht nach vor diesen Fragen und möglicherweise unbequemen Konsequenzen nicht die Augen verschließen!

Bei der notwendigen Aufgabenkritik setzen wir auf das verwaltungsinterne Know-how, und nur in Ausnahmefällen mit übergeordneter Zielsetzung auch auf externe Kompetenz.

Dieser Weg ist nicht nur für die Erfüllung der notwendigen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge geboten – denken wir nur einmal an zukünftige Ausgaben für Krippenplätze, Kitas und Schulen – nein, dieser Weg muss auch, wie gesagt, im Sinne der intergenerativen Gerechtigkeit eingeschlagen werden:

Sparen ist die eine Seite der Medaille, die Einnahmesituation zu verbessern, die andere Seite. Nach wie vor erbringt die

Landeshauptstadt Kiel Leistungen, die nicht hinreichend durch den kommunalen Finanzausgleich gedeckt sind. Das Land hat diese Zuweisungen sogar noch erheblich gekürzt, aber gleichzeitig die Aufgaben der Kommunen erhöht, so z.B. durch das Schulgesetz. Es war die FDP-Fraktion im Landtag, die durch ein Gutachten zur Konnexität die nun anstehenden Zuweisungen mit Nachdruck erfolgreich erstritten hat. Hier wünschen wir uns sowohl von der Verwaltungsspitze auch von den beiden großen Parteien mehr Engagement, auch wenn man dadurch einen Parteifreund oder eine Parteifreundin auf Landesebene nicht erfreut. Der Bürgermeister und die Stadtvertreter der Stadt Rendsburg mögen hier den eben Angesprochenen ein Beispiel sein.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

in der Zeitschrift „Lebendige Stadt“ berichtet der Bürgermeister von Langenfeld, wie seine Kommune innerhalb von 10 Jahren schuldenfrei wurde. Sein Rezept:

- gib nicht mehr Geld aus, als Du einnimmst.....
- betreibe eine Wirtschaftsförderung, die auf mittelständische Branchenvielfalt setzt
- konzentriere dich auf wirklich wichtige Projekte wie Schulausstattung und Sportinfrastruktur
- und verzichte auf „Nice-to-have Anschaffungen“

das sind, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, die Grundlagen für einen ausgeglichenen, verantwortungsvollen Haushalt und die Grundzüge der Haushaltspolitik der FDP-Fraktion.

Die Notwendigkeit zur Konsolidierung und die sich dadurch ergebenden Perspektiven liegen somit auf der Hand. Sparen ist also das Gebot der Stunde, dieses jedoch an der richtigen Stelle. Unsere Aufgabe ist es, die knappen Mittel dort einzusetzen, wo wir in unserer politischen Verantwortung stehen und wir gestaltende Schwerpunkte setzen wollen:

Für die FDP-Fraktion ist dies:

1. Investitionen in Bildung und Sport, um unseren Kindern die Basis für eine zukunftsfähige Perspektive zu bieten.
2. Eine aktive Wirtschaftspolitik, um Arbeitsplätze in dieser Stadt zu halten und neue zu schaffen und letztlich auch die Einnahmen unserer Stadt sicher zu stellen.
3. Die Konsolidierung des Haushaltes, um auch den nachfolgenden Generationen nicht nur Zinslasten, sondern auch Gestaltungsfreiräume zu hinterlassen.

Investitionen in Bildung und Sport, eine aktive Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze sichert und schafft, sowie der Abbau der enormen Schuldenlast – dies ist für uns Liberale die beste Sozialpolitik. Denn Kinder, die eine umfassende, schon früh einsetzende Bildung erhalten, die sich in ihren Schulen wohl fühlen und ein sinnvolles Ganztagsangebot erhalten, sind wesentlich besser gegen Verführungen durch Alkohol und Drogen gewappnet, Menschen, die einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz erhalten, gleiten nicht in die staatliche Fürsorge und ein schuldenfreier Haushalt ermöglicht Spielräume, hierfür Vorsorge zu tragen, anstatt Zinszahlungen zu leisten.

1. Investitionen in Bildung.

Für uns fängt eine gute Bildungspolitik in den Kindertagesstätten an, setzt sich fort über die allgemeinbildenden Schulen bis zur Berufsausbildung in den berufsbildenden Schulen. Hier haben die verantwortlichen Mehrheiten dieser Stadt in den letzten 25 Jahren kläglich versagt. Das, was hier rote oder auch rot-grüne Mehrheiten versäumt haben, wurde aber auch in den letzten fünf Jahren unter schwarz-grün nicht mutig genug korrigiert.

Ohne Zweifel, vieles wurde getan, doch Besuche im letzten Halbjahr bei vielen Schulen haben uns deutlich gezeigt, dass hier nach wie vor ein Sanierungsstau von enormen Umfang vorliegt. Die Investitionen, die notwendig sind, können wir nur mittelfristig durchführen. Deshalb ist es notwendig, dass wir jetzt für dieses Haushaltsjahr mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um unseren Kindern ein für das Lernen benötigtes Umfeld sicherzustellen. Damit meine ich modern ausgestattete Klassenräume, ausreichende und gut ausgestattete Fachräume und Lehr- und Lernmaterial, um moderne Unterrichtsmethoden umsetzen zu können. So ist es sicherlich nicht verwunderlich, dass das Land Sachsen – bei der letzten PISA Veröffentlichung an erster Stelle – fast doppelt soviel Geld für IT-Ausstattung ausgibt, als dies bei uns der Fall ist.

Halten wir uns nicht mit einer unsinnigen Debatte über Schulstrukturen auf, sondern überlassen wir es den Experten für den Unterricht, den Lehrkräften, wie sie Lernprozesse gestalten wollen. Doch nicht wie auch immer gestaltete Schulstrukturen sind für den Erfolg wichtig, sondern gut ausgestattete Schulen, die moderne Unterrichtsformen auch mit Einsatz neuer Medien ermöglichen und eine gute Lehrerversorgung, das sind die Größen für den Erfolg einer Schule!

Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte haben uns vor einem Monat deutlich gemacht, wo der Schuh drückt: Die Teilnehmer an den Demonstrationen forderten nicht die eine oder andere Schulform, nein, sie forderten bessere Fachräume, mehr und größere Klassenräume und eine moderne Ausstattung. Und dies liegt in unserer Verantwortung, dies müssen wir gewährleisten.

Wir halten weiterhin an dem in der Landesverfassung verankerten Konnexitätsprinzip fest. Auch vor dem Hintergrund der Einschätzung des wissenschaftlichen Dienstes des Landtags rechnen wir für die kommenden drei Jahre mit jeweils 3 Mio. € an Landesmitteln für die Umsetzung des neuen Schulgesetzes.

Darüber hinaus wollen wir durch drei neue Vollzeit-Stellen die Schulsozialarbeit an Standorten mit besonderen Herausforderungen ausbauen.

Unsere Anträge zielen darauf, den Sanierungsstau innerhalb von drei bis fünf Jahren abzubauen. Weiterhin halten wir an dem über lange Zeit diskutierten und inzwischen auch in den Schulen auf breiten Konsens basierenden Beschluss fest, die Beruflichen Schulen in Regionale Berufsbildungszentren umzuwandeln und dies mittels eines ÖPP-Projektes zügig voranzutreiben.

Der Sport – und dazu zähle ich sowohl den Schulsport als auch den Vereinssport – hat in unserer Gesellschaft eine wichtige gesundheitlich präventive, soziale und integrative Rolle. Die Einführung von Hallennutzungsgebühren war aus liberaler Sicht der falsche Weg. Gleichwohl war das Ziel, die Vereine stärker in die Verantwortung zu nehmen, richtig. Die Sportvereine sollen und können in der Nutzung der städtischen Sportplätze und Sporthallen eine verantwortungsvollere Rolle wahrnehmen, sie können Aufgaben übernehmen im Bereich der Hallenverwaltung, aber auch bei der Unterhaltung dieser Anlagen. Hier werden wir den Sportentwicklungsplan konstruktiv, aber auch kritisch begleiten.

2. Eine aktive Wirtschaftspolitik

Kiel braucht eine gestaltende, nicht nur auf nationale sondern auf internationale Unternehmen zielende Wirtschaftspolitik. Das Wirtschaftswachstum im skandinavischen Raum ist lang anhaltend und stark. Trotzdem ist es nicht gelungen, uns als „Tor zum Norden“ diesem Raum zu öffnen und Unternehmen anzusiedeln. Diese wählten sehr oft Hamburg als Standort und Ausgangspunkt für ihre Wirtschaftsaktivitäten im nordeuropäischen Raum, nicht aber Kiel.

Deshalb brauchen wir ein Instrument der Wirtschaftsförderung, das flexibel, schnell und effizient ist, Kontakte knüpft, Lösungen anbietet, und in konkrete Projekte umsetzt. Wir brauchen keine omnivalente, für alles und nichts zuständige Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Da, wo eine übergreifende Zusammenarbeit für europäische Fördertöpfe notwendig ist, wurde eine für diese Zwecke hinreichende Gesellschaft mit den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde gegründet. Was allerdings fehlt, ist eine schlagkräftige, die Potenziale Kiels nutzende

Wirtschaftspolitik. Kiel hat Potenziale durch seine Lage in den nordeuropäischen Raum, durch seine wissenschaftlichen Institute in Wachstumsbranchen wie z.B. die Meeresbiologie, die Biotechnologie, die Medizintechnik, die Informations- und Kommunikationstechnologie, die Ingenieurwissenschaften. Unternehmen finden vor Ort hochqualifizierte Mitarbeiter, ein Umfeld für Wissenschaft und Forschung und Hochschulen, die für Kooperationen offen sind. Doch diese Unternehmen kommen nicht von alleine, ihnen müssen die Standortvorteile, die Kiel bietet, deutlich gemacht werden. Gut gemeinte Besuche in China reichen dazu nicht aus.

Aber auch eine attraktiv gestaltete Innenstadt ist ein Instrument der Wirtschaftsförderung. Sieht man sich die aktuelle Situation der Innenstadt an, dann ist die Attraktivität des Angebotes alles andere als ein Magnet für Kunden aus dem Umland. Ein Besuch bei einem Kaufhaus am alten Markt machte mir nochmals deutlich, dass für einen Besuch in diesem Haus kein Mensch aus dem Umland auf die Idee kommt, nach Kiel zum Einkaufen zu fahren.

Der Sophienhof hat zusätzliche Kaufkraft nach Kiel geholt, doch der Rest ist provinziell. Wenn wir hier nicht mutig sowohl die Mitte als auch den Norden attraktiver gestalten, werden uns andere Städte bald den Rang ablaufen.

Die FDP ist für beide Projekte der Innenstadt aufgeschlossen: Sowohl die Rathausgalerie als auch ein Zentrum im Norden, z.B. die Vorstellungen von ECE, sind zu prüfen und möglichst schnell zu realisieren. Hier sind Unternehmen bereit, zu investieren. Sie übernehmen das unternehmerische Risiko – nicht die Stadt Kiel. Warum also sollten wir ihnen Steine in den Weg legen? Kiel zur Einkaufsstadt Nr. 1 in Schleswig-Holstein zu entwickeln – das steht in unserem Wahlprogramm und dafür werden wir uns stark machen.

Wir Liberale wollen langfristig die Basis für wirtschaftliches Wachstum in unserer Stadt durch eine effektive und dabei möglichst effiziente Wirtschafts- und Standortpolitik stärken. Dies wird im Endeffekt die Steuerbasis verbreitern und für mehr Steuereinnahmen sorgen, sodass wir nicht nur die kommunalen Steuersätze nicht erhöhen müssen,

sondern langfristig diese sogar verringern können. Deshalb stellen wir den Antrag, den Gewerbesteuersatz um 10%-Punkte zu senken. Nur so werden wir im Wettbewerb mit anderen Standorten mithalten können und ansiedlungswillige Unternehmen gewinnen können.

Insgesamt schließt sich hier der Kreis und wir sind wieder bei der Haushaltskonsolidierung – die drohende Abwärtsspirale müssen wir durch eine verlässliche, sparsame Haushaltspolitik stoppen und so mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt anstreben.

Neben der Haushaltskonsolidierung muss eine aktive Wirtschaftspolitik das zweite Standbein sein, um die Stadt zukunftsfähig zu erhalten – und dazu gehört es eben auch, die Wirtschaftsförderung effektiver auszurichten. Dass auch hier erheblicher Handlungsbedarf besteht, belegen die unterschiedlichen Rankings der jüngsten Vergangenheit, die die Wirtschaftskraft und ökonomische Attraktivität unterschiedlicher Regionen oder Kreise untersuchten und auf die wir in der Vergangenheit des öfteren hingewiesen haben.

Sie alle sprechen die gleiche Sprache und sie alle sollten uns ermahnen, die Qualität des Standorts Kiel zu verbessern!

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

mit unseren Anträgen zum Haushalt folgen wir den oben skizzierten Zielsetzungen einer

- aktiven, mittelfristigen Haushaltskonsolidierung
- einer aktiven und nachhaltigen Wirtschaftspolitik
- einer Schul- und Sportpolitik, die den Schülerinnen und Schülern ein Lernumfeld schafft, das für moderne Lehr- und Lehrmethoden notwendig ist.

Die FDP-Fraktion ist sich natürlich dessen bewusst, dass von Seiten der Landeshauptstadt Kiel in Zukunft weit mehr zu leisten ist, als es die gegenwärtigen und früheren Mehrheitsfraktionen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu leisten bereit oder fähig waren.

Die FDP-Fraktion ist sich natürlich auch dessen bewusst, dass wir hier und heute keine richtungsweisenden Änderungen werden durchsetzen können, wir werden aber sehr genau darauf achten, was die Rot-Rot-Grüne Mehrheit mit dem SSW verabschieden wird, was diese Beschlüsse den Bürgerinnen und Bürgern bringen werden und wie diese Beschlüsse den Haushalt zusätzlich belasten werden.

Vor diesem Hintergrund werden wir den vorliegenden Haushaltsentwurf sowie die Anträge der Kooperation ablehnen.

Frau Stadtpräsidentin,
meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!